

klassische Terminologie der Franzosen es nennt, hielten. Das war mehrere Jahre nach der Geburt dieser Republik. Wir dagegen erleben heute eine Synchronisierung von 1919 und 1925.«

Gerade von rechts hatte die Bonner Republik allerdings weniger zu befürchten, als es zunächst den Anschein hatte. Auch die konservativen Kreise, die sich nach 1918 nicht mit der Demokratie hatten abfinden mögen, waren – letztlich aus Angst vor dem Kommunismus und unter dem Eindruck des Kalten Krieges – 1949 bereit, sich trotz aller Kritik auf den Boden der neuen Ordnung zu stellen. So sehr eine parlamentarische, auf politischen Parteien beruhende Demokratie durch die Weimarer Erfahrungen als problematisch erschien: Die autoritären Alternativen aus der Zeit der Republik hatten sich durch die nationalsozialistische Diktatur genauso verbraucht. So konnte man in der konservativ-evangelischen Wochenzeitung *Christ und Welt* lesen, Bonn sei

das »kleinere Übel«: »Diesmal müssen wir den ernsthaften Versuch machen, die Demokratie zum Funktionieren zu bringen, da wir mit der Diktatur in den Abgrund marschiert sind.« Paul Wilhelm Wenger sah im dritten Anlauf zur Demokratie nach Paulskirche und Weimarer Republik gar »unsere letzte politische Chance«. Und auch Ernst Friedländer rief in der *Zeit* dazu auf, sich mit der neuen Demokratie zu arrangieren: »Das Bonner Grundgesetz ist kein Werk schöpferischer Phantasie. Aber geben wir diesem Gesetz und denen, die es handhaben werden, zunächst einmal eine Bewährungsfrist. [...] Nach vielen Irrtümern und Enttäuschungen stehen wir heute wieder an einem Anfang. Wie viel neues Leben aus den Ruinen blühen kann, das liegt vor allem jetzt an uns selbst.« Dass sich aus diesen bescheidenen Anfängen einmal eine so gefestigte Demokratie entwickeln würde, damit hätten zu diesem Zeitpunkt allerdings nur die Wenigsten gerechnet.

*Klaus Harpprecht*

## Die Glosse: Die Bundesrepublik – ein Glücksfall deutscher Geschichte

### Klaus Harpprecht

(\* 1927) Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Redenschreiber und Berater von Willy Brandt.

Er ist seit langem als Journalist für zahlreiche Zeitungen tätig und seit letztem Jahr Mitherausgeber der *Anderen Bibliothek*. Zuletzt erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff.



Im Gang der Jahrzehnte seit der Berner Weltmeisterschaft 1954 fanden wir uns damit ab, dass die Sportreporter fassetierend »Deutschland! Deutschland!« brüllen, wenn einer unserer Fußballgötter den Ball ins gegnerische Tor schießt. Patriotischer Überschwang, wir wissen es wohl, schwappt

rasch in den Zustand des Schwachsinn hinüber. Bedenklicher, dass es unter Politikern und Medienmenschen seit der Wiedervereinigung üblich geworden ist, die Bundesrepublik nur noch »Deutschland« zu nennen: Der meist bloß zerstreute, manchmal auch bewusste Verzicht auf die Charakterisierung der staatlichen Ordnung, die das amorphe Gebilde »Deutschland« 1949 gefunden hat, kann uns genau so wenig gleichgültig lassen wie die offensichtliche Weigerung der Bundeskanzlerin, aber auch des Bundespräsidenten, bei ihren Fernsehauftritten neben der schwarz-rot-goldenen Fahne auch die Europa-Flagge vorzuführen – wie es in Frankreich die Re-

gel ist, wo weder der Präsident, noch die Minister jemals vor die Kamera treten, ohne in schöner Eintracht mit der Tricolore das Sternenbanner der Europäischen Union zu zeigen, das übrigens auch jedes Bürgermeisteramt in der Provinz schmückt. Unsere Nachbarn kümmern sich – zu Recht – nicht einen Deut darum, dass der Vertrag von Lissabon, dem britischen Einspruch gehorsam, Fahne und Hymne der Union nicht erwähnt.

Die Deutschen hätten tieferen Anlass als die Franzosen, den europäischen Symbolen treu zu bleiben: Denn ohne die feste Bindung der Bundesrepublik an die Europäische Union (und die Atlantische Allianz) wäre uns kaum die Einheit zuteil geworden. Der Begriff der »Wiedervereinigung« beschreibt ohnedies nicht die Realität. Die Bundesrepublik hat sich nicht mit der DDR vereint, sondern sie hat die Länder des zweiten deutschen Staates aufgenommen. Wir scheuen uns, dies in der gebotenen Klarheit zu sagen, weil wir uns nicht gern dem Vorwurf aussetzen, es habe sozusagen ein zweiter »Anschluss« nach dem Vorbild der Eingliederung Österreichs in das Großdeutsche Reich stattgefunden. Der Unterschied: Es brauchte keine Panzerkolonnen und keine jauchzenden Millionen an der Triumph-Straße des Führers und auf dem Heldenplatz. Den Jubel nahm der 9. November 1989 beim Fall der Berliner Mauer voraus: Jene unvergessliche Nacht, deren Datum zum Nationalfeiertag besser taugte als der 3. Oktober, an dem nur ein gesetzlicher Akt vollzogen wurde, wie es das raschelnde Papier befahl. Der 9. November hätte das Geschichtsbewusstsein der Deutschen schärfer geprägt, als es der Einsicht (oder dem Mut) von Kanzler Kohl entsprach, gerade weil die Erinnerung an die Pogromnacht des 9. November 1938 und an den Tag der deutschen Kapitulation im Jahre 1918 unser Gedenken forderten: Es sind, wie der Einsturz der Mauer, entscheidende Markierungen unseres Weges durch das 20. Jahrhundert.

### **Restaurative Bundesrepublik?**

Der Kontrast zu jenen anderen Daten hätte deutlich gemacht, welches Glück uns mit der Existenz der Bundesrepublik widerfahren ist. Zum ersten Mal, soweit unser Gedächtnis zurückreicht, hatten wir Deutschen Glück mit uns selber – und damit unsere Nachbarn auch Glück mit den Deutschen. Der antinazistische Nationalist Martin Niemöller, der lange Jahre als der »persönliche Gefangene« Adolf Hitlers in Dachau hockte, sagte von der Gründung der Bundesrepublik mit seinem bitteren schwarz-weiß-roten Ressentiment, sie sei in Rom gezeugt und in Washington geboren worden. Und Walter Dirks, der linkskatholische Publizist aus dem bündischen Dunstkreis, bescheinigte ihr wenige Monate nach der Gründung einen »restaurativen Charakter«: Eine Formulierung, die bis zur Kanzlerschaft Willy Brandts den Abstand der Intellektuellen zum Staat von Bonn ungenügend akzentuierte.

»Restaurativ«? Es ist wohl wahr, dass die einstigen Nazis nicht vom Erdboden vertilgt wurden, sondern rasch wieder viele der Verwaltungsämter besetzten, übrigens auch dank den Weisungen der Besatzungsmächte in West und Ost, die meinten, es gehe leider nicht anders. Das böseste und folgenreichste Versäumnis war der Verzicht auf eine radikale Säuberung der Justiz von den Blutrichtern und den öligen Opportunisten, die sich im Dritten Reich durch chronischen Rechtsbruch schuldig gemacht hatten. Sie betrachteten es bis in die 60er Jahre als ihre Aufgabe, die Ahndung der nazistischen Verbrechen zu verhindern. Damit haben sie die ersten Jahrzehnte des Staates von Bonn moralisch bis an die Grenze des Erträglichen belastet.

Doch wichtiger: Kaum einer der »Ehemaligen« wagte es, sich noch als Nazi oder auch nur als Deutsch-Nationaler zu bezeichnen. Nahezu allesamt waren sie um die



sorgsame Tarnung ihrer Herkunft bemüht. Dies aber hieß, dass sie jede Hoffnung auf eine Renaissance der braunen »Veterinärs-Ideologie« (*Carlo Schmid*) verloren gegeben hatten. Dass sie sich insgeheim schuldig fühlten. Dass sie die Totalität ihrer Niederlage (auch und vor allem der moralischen) anerkannten. Dass sie sich – wenn auch nicht aus Überzeugung, so doch aus Gründen der Anpassung – der Autorität der Demokratie zu beugen hatten.

»Restauration«? In Westdeutschland, das 1939 an die 40 Millionen Menschen zählte, suchten acht, dann zehn, schließlich mehr als zwölf Millionen Flüchtlinge und Vertriebene, dazu nahezu eine Million »Ausgebombter«, ein Dach über dem Kopf und ein Stück Brot für sich und die Kinder. Man mag den Überlebenswillen, der in den Anfangsjahren der Bundesrepublik durch eine wahre (oft verzweifelte) Arbeitswut den Aufbau der Industrien und ein gigantisches Wohnungsbauprogramm erzwang, restaurativ nennen. Es kommt darauf nicht an. Es zählt, dass die Vernunft der Besatzungsmächte, die Reformbereit-

schaft der Länderregierungen, danach der Bundesregierung und der kraftvollen sozialdemokratischen Opposition den Weg zu einer Aufbauleistung ohne Vergleich geebnet hat. Sie hätte ohne die Schufferei der Heimatlosen, die sich für nichts zu gut waren, nicht gelingen können. Die Flüchtlingsheere freilich mussten ihre »Integration« oft härter erkämpfen als hernach die Zuwanderer aus Italien, Spanien, dem Balkan oder der Türkei. Zugleich wurden von den »Einheimischen« Opfer gefordert, die man oft unterschätzte: Der sogenannte Lastenausgleich verlangte eine Vermögensumschichtung von etwa 140 Milliarden Mark – nach heutigen Begriffen keine überwältigende Summe, doch damals kam sie dem viereinhalbfachen des Bundeshaushalts gleich. Überdies verpflichtete sich die Bundesregierung in jenem Jahr 1952 zu einer Wiedergutmachungsleistung an Israel in Höhe von drei Milliarden, dazu einer halben Milliarde für die Juden außerhalb Israels – Summen, die sich in den späteren Jahrzehnten – unter anderem durch Zahlungen an die einstigen Zwangsarbeiter – beträchtlich erhöhten.

## **Anschluss an die Geschichte – Öffnung zur Welt**

In der Bereitschaft zur Verantwortung für die Verbrechen des Nazi-Regimes war der Anspruch auf die Rechtsnachfolge des Reiches (unter anderem) glaubwürdig begründet (während die DDR – mit dem Hinweis auf ihre antifaschistisch-jungfräuliche Empfängnis – jede historische Haftung ablehnte). Dem Autor dieser Zeilen ist es unvergesslich, wie der alte Kanzler am 5. Mai 1955 im Kleinen Kabinett-Saal des Palais Schaumburg die Proklamation der Bundesregierung zum »Tag der Souveränität« korrigierte. Mit seinem langen gelben Bleistift fügte er in Sütterlinschrift die beiden Worte ein: Zum *Tag der Wiedererlangung* der Souveränität hinzu. Damit vollzog er den Anschluss an die Geschichte. Dies aber war die Voraussetzung für die hartnäckige Debatte über die nazistische Vergangenheit und ihre Verbrechen, über die Schuld, die Scham, die Verantwortung, die in der 60-jährigen Existenz der Bundesrepublik in Wahrheit niemals abgerissen ist. Die internationale Gemeinschaft, der wir uns zuwandten, verlangte die nahezu chronische Selbstprüfung. Die DDR hat sich dies erspart – und den Konsequenzen begegnen wir täglich, nicht nur in der brutalen Ausländer- und Judenfeindlichkeit der neonazistischen Schläger, sondern vor allem in der moralischen Gleichgültigkeit, mit der ein Viertel der Bürger jenseits des einstigen Zauns der politischen Erbin eines autoritär-diktatorischen Regimes ihre Wahlstimmen schenkt.

Die Öffnung zur Welt verlangte die (oft seufzende) Bereitschaft der Bundesbürger zur permanenten Auseinandersetzung mit der »jüngsten Vergangenheit«. Aber welchen Reichtum gewannen wir durch die freie Begegnung mit den Kulturen unserer Nachbarn – und hernach der exotischen Welt, die sich eine Gesellschaft von passionierten Reisenden erschloss – als könne, als müsse sie nahezu atemlos nachholen,

was sie in dem Jahrzwölf, in dem ganz Deutschland einem riesenhaften Lager hinter Betonwällen und Stacheldrahtzäunen gleich, versäumt hatte.

Es wurde kaum einem der Überlebenden schwer, die »wieder erlangte Souveränität« – ohnedies ein Abstraktum – an die internationalen und übernationalen Gemeinschaften abzutreten, in die der Staat von Bonn nach dem Willen seines Gründervaters hineinwuchs: Der Atlantischen Allianz. Ihr genühten zwei elementaren Notwendigkeiten zugleich: Für unsere Nachbarn die Sicherheit vor dem militärischen Potenzial der Deutschen, das die Gemeinschaft des Westens zum Schutz vor der Übermacht des sowjetischen Imperiums brauchte – und der Sicherheit für die Deutschen, die sich nicht grundlos vor der Rache der Geschichte und der Expansion des bewaffneten Kommunismus fürchteten.

Ihre politische Heimat sollten, nach dem Willen Konrad Adenauers und seiner Mehrheit, die Deutschen in der europäischen Gemeinschaft finden, die mit der Gründung der *Montanunion*, das heißt mit der gemeinsamen Kontrolle der Grundindustrien, ihren Anfang nahm – so wie es der geniale Technokrat Jean Monnet noch während des Krieges in Washington geplant hatte. Mit seiner großen Züricher Rede im Herbst 1946 hatte Winston Churchill den Weg gewiesen: Der Aufbau der Vereinigten Staaten von Europa war, nach seiner Einsicht, der große Auftrag, den uns der Zweite Weltkrieg, der Vernichtungswille der nazistischen Diktatur und der mörderische Irrsinn der Nationalismen hinterlassen hatte, und er sagte mit prophetischer Klarheit, dass diese Mission die Aussöhnung und die engste Kooperation zwischen Frankreich und Deutschland verlange. In Paris hörte man die Botschaft nicht zu gern – aber man überhörte sie auch nicht. Den Deutschen aber schenkte er durch die Beschwörung einer grandiosen Aufgabe die erste Hoffnung, dass sie einen Weg aus der Trostlosigkeit, der Ver-

zweiflung, dem materiellen Elend und der Konfrontation mit der Schuld der Millionenmorde finden könnten.

### Tragende Säule Europas

Europa war, von Beginn an, *la raison d'être* der Bundesrepublik, zu der – nach dem Willen vor allem der Amerikaner – die drei Zonen Westdeutschlands zusammenwuchsen, auf dem Fundament eines Grundgesetzes, das seit sechs Jahrzehnten die Verunft, die historische Erfahrung, die kluge Voraussicht der Verfassungsväter und der (wenigen) Verfassungsmütter beweist – eine Garantie der Stabilität unserer zweiten deutschen Demokratie, von der man in der ersten Republik nicht zu träumen wagte. Sie behauptet sich viermal so lang wie die Lebenszeit, die dem Staat von Weimar gegeben war. Sie steht zwölf Jahre länger in der Welt als das großpreußisch-kleindeutsche Reich Bismarcks, von dem sich 1914 erwies, dass es nicht auf Granit, sondern auf märkischen Sand gebaut war. Der Alte aus dem Sachsenwald war die mythische Figur, deren mächtiger Schatten den Mangel an Solidität seiner Schöpfung vergessen ließ. Die Bundesrepublik ist in der Fantasie der Bürger von zwei Gestalten geprägt, die ins Mythische hinüberwuchsen: Konrad Adenauer, der mit seiner überkonfessionellen Partei konservativen Geist mit demokratischer Verlässlichkeit versöhnte – und nach ihm der Sozialdemokrat Willy Brandt, der seinen Landsleuten hüben und drüben vorlebte, dass man »links und frei« sein kann. Der eine verankerte die Bundesrepublik in der Gemeinschaft des Westens; der andere öffnete, auf der Basis der heranwachsenden Europäischen Union und des Bündnisses mit den Vereinigten Staaten, mit seiner »Ostpolitik« die Chancen der Verständigung mit den östlichen Nachbarn (und er schuf damit die Voraussetzung für die spätere Befreiung Mittel- und Osteuropas). Beide leben in unserer Erin-

nerung (mit ihren europäischen und amerikanischen Partnern) als die Baumeister einer Friedensordnung, die allen Stürmen mehr als sechs Jahrzehnte standhielt – ein Zustand, der Europa niemals zuvor beschert war. Die Bundesrepublik schuf – gemeinsam mit ihren europäischen Partnern – einen Wohlstand, wie ihn keine Generation von den unseren jemals gekannt hat. Sie etablierte – in den angeblich so »vermufften« 50er Jahren – ein System der sozialen Sicherungen, das (trotz der notwendigen Reformen) vermutlich auch der Weltkrise des Neo-Liberalismus gewachsen sein wird – oder wenigstens ihre härtesten Konsequenzen abfangen kann. Wären wir mit der Stabilisierung der Europäischen Union mutiger vorangeschritten, wäre der gemeinsame Schutz, den die europäische Währung bietet, widerstandsfähiger und verlässlicher. Der große Auftrag Europa ist nicht abgeschlossen. Er fordert, nach der Ratifizierung des Grundvertrages von Lissabon, von den Euro-Ländern eine Koordination ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik (was in Gottes Namen auch die Bundesregierung begreifen sollte), die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und den langsamen Ausbau der europäischen Armee.

Die Bundesrepublik Deutschland wird so stark oder so schwach sein wie die Europäische Union. Die »Krise« hat ein anderes Mal und mit drastischer Härte demonstriert, dass die Ära der Nationalstaaten abgelaufen ist. Es gibt keinen Grund, ihr nachzutruern, gleichviel ob das der altgewordene Neo-con auf der Prager Burg begreift oder nicht. Unser Staat wurde als eine tragende Säule Europas geschaffen, das als ein Zwittergebilde von Bundesstaat und Staatenbund heranwuchs – ein zukunftsfähiges Novum, das in der Welt von morgen Schule machen könnte. Sie ist, als eine grundeuropäische Schöpfung, der beste Staat, der den Deutschen jemals zuteil geworden ist. Selbst unsere intellektuellen Zunftgenossen haben dies endlich verstanden.